

# „Unser Rat ist weltweit gefragt“

Interview mit Professor Klaus F. Zimmermann, Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) der Poststiftung



Klaus F. Zimmermann ist seit 1998 Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA Bonn). Geboren wurde er 1952 in Göppingen, studierte Volkswirtschaft an der Universität Mannheim, war von 1989 bis 1998 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München und danach in Bonn. Elf Jahre war er auch Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Er hat mehrere Honorarprofessuren und gehört wissenschaftlichen Organisationen an.

*Seit mehr als 15 Jahren gibt es die Poststiftung, und ihr zentrales Engagement ist das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Was war der Ausgangsgedanke?*

Die Post war damals davon ausgegangen, dass die Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt in Deutschland und darüber hinaus eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe ist und sie als größter Arbeitgeber Deutschlands ein großes Interesse daran habe, die Grundlagen der Beschäftigungsentwicklung in Gegenwart und Zukunft erforschen zu lassen. Die Ergebnisse sollten nicht nur im akademischen Raum bleiben, sondern in die Gesellschaft hineingetragen werden. Die Verknüpfung von Theorie und Praxis wurde in den Mittelpunkt gestellt. Das Institut sollte sowohl im In- wie im Ausland die Politik beraten.

*Und ist das gelungen?*

Zuerst mussten wir uns positionieren, und da war es wichtig, dass uns die Universität Bonn eine Art Heimatstatus gegeben hat. Wir sind nicht Teil der Universität, wohl aber eine befreundete Organisation, und ich bin dann auch als regulärer Hochschullehrer berufen worden. Wir haben dann regelmäßig den IZA-Preis für Arbeitsökonomie vergeben, der uns auch international schnell bekannt gemacht hat. Wir sind heute eine wichtige Plattform, auf der die Arbeitsökonominnen weltweit ihre Forschungsergebnisse darlegen.

*Es gab damals die Debatte um die Agenda 2010 von Gerhard Schröder ... Richtig, und dazu haben wir eine Reihe von Untersuchungen vorgelegt und die*

Vorhaben der Regierung, also die Hartz-Reformen, evaluiert. Natürlich haben wir dafür auch Kritik einstecken müssen. Wir haben uns auch mit der Migrationspolitik und der Familienpolitik beschäftigt und es geschafft, die Weltbank endlich dafür zu sensibilisieren, wie wichtig die Schaffung von Jobs für die Bekämpfung der Armut ist. Bis dahin standen Parameter wie Gesundheit, Frauen oder Infrastruktur ganz oben. Vor zwei Jahren gab es dann den ersten Development Report, der dieses Thema ernst genommen hat. Wir beraten die britische Regierung bei der Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern, und letztes Jahr hat die französische Regierung unseren Rat bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gesucht. Sieht man, was Präsident Hollande jüngst an Reformen angekündigt hat, sind unsere Vorschläge offenbar nicht unberücksichtigt geblieben.

*Und in Deutschland?*

Wenn Sie sich an die Bemühungen erinnern, anonyme Bewerbungsverfahren zur Verhinderung von Diskriminierung auszuprobieren, so waren wir daran intensiv beteiligt. Hier hat übrigens auch die Post aktiv mitgewirkt.

*Beraten Sie die Deutsche Post also auch?*

Das war bei der Gründung des IZA ausdrücklich nicht vorgesehen. Was aber nicht heißt, dass wir uns nicht gelegentlich mit den Fachleuten der Post austauschen. Ich nenne das fruchtbare Distanz.

*Um auf ein aktuelles Thema zu kommen: Was raten Sie beim Thema Zuwanderung? Zuwanderung hat es seit dem Zweiten*

Weltkrieg in erheblichem Umfang gegeben, und sie hat dazu beigetragen, dass sich Deutschland so gut entwickeln konnte. Wenn derzeit über Zuwanderung in die Sozialsysteme geklagt wird, ist das eher ein Roma-Thema, aber keinesfalls ein Rumänien-Thema. Die Rumänen, die kommen, sind hier bestens in den Arbeitsmarkt integriert. Umgekehrt sagt man mir in Rumänien: Ihr nehmt uns unsere Ärzte weg. Wir haben die EU-Kommission beraten und festgestellt, dass die Nutzung des Wohlfahrtsstaates gegenüber dem, was diese Menschen in die Volkswirtschaft einbringen, nur eine geringe Rolle spielt.

*Das andere aktuelle Thema:*

*Der gesetzliche Mindestlohn.*

*Hier warnen Sie. Warum?*

Ich sehe ein, dass dieses Thema einen hohen Symbolwert hat und dass es die jetzige Regierung nicht geben würde, wenn man dazu keine Vereinbarung getroffen hätte. Kompromisse müssen sein, aber wir glauben, dass dieser Kompromiss eher Schaden generieren wird als Nutzen. Abgesehen davon, dass er Arbeitsplätze kosten wird, muss man sich fragen, ob er für mehr Gerechtigkeit sorgt und die Armut bekämpft. Heute gibt es die Aufstocker, denen der Staat etwas dazu gibt, damit sie ihre Familie ernähren können. Wenn morgen die Arbeitgeber gezwungen werden, allen einen Mindestlohn zu zahlen, erhalten ihn auch diejenigen, bei denen gar keine Armut herrscht, sondern die sich etwas dazu verdienen wollen. Es könnte also zu einer gigantischen Fehlentwicklung und neuer Ungerechtigkeit kommen. ■